

SPD Darmstadt | Holzstraße 2 | 64283 Darmstadt

vielbunt e.V.
Kranichsteiner Straße 81
64289 Darmstadt

Januar 2026

vielbunte Forderungen an die Kommunalpolitik Antworten der SPD Darmstadt

1: Soziale Sicherheit und Gesundheit

1.1: Gezielte Hilfen für LSBT*IQ Jugendliche

Wir fordern gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche, die ihr Zuhause verlassen müssen. Konkret braucht es eine feste, spezialisierte Ansprechperson im Jugendamt und die Bereitstellung sicherer Unterkünfte in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe.

In den vergangenen Jahren kam es mehrfach zu Fällen, in denen queere Jugendliche in ihren Familien psychische oder physische Gewalt erlebt haben. Häufig fühlen sich die zuständigen Stellen nicht verantwortlich, Betroffene werden zwischen Institutionen hin- und verwiesen. Die wenigen queeren Wohnangebote, etwa von PaSo oder in Frankfurt, sind dauerhaft überlastet und haben lange Wartezeiten. Es braucht daher auch kurzfristige Schutzmöglichkeiten und eine bessere Qualifizierung von Fachkräften im Jugendamt. Jugendliche, die Diskriminierung oder Gewalt durch die eigene Familie erleben, sind erheblich gefährdet. Ohne Schutz und Unterstützung drohen schwerwiegende Traumata.

Die SPD Darmstadt steht für ein Miteinander in unserer Stadt, das geprägt ist von Solidarität und Zusammenhalt. Wir nehmen alle in den Blick, ganz besonders jene Gruppen, die besonders vulnerabel sind. Dazu gehören auch queere Jugendliche in belastenden und gefährlichen Lebenssituationen.

Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht an ihrem Wohnort bleiben können, brauchen eine klare Perspektive und ein Netz, das sie auffängt. Das Jugendamt ist staatlich dazu verpflichtet, Jugendlichen Schutz zu leisten. Eine Inobhutnahme oder die Vermittlung eines Schutzplatzes in akuten Gefahrenlagen sowie eine ambulante Krisenhilfe müssen im Bedarfsfall funktionieren.

Nichtstädtische Organisationen und Vereine (z.B. auch der Kinderschutzbund Darmstadt), die einen wichtigen Beitrag leisten, wenn es um die Unterstützung (queerer) Jugendlicher in schwierigen Situationen geht, müssen unterstützt werden.

Dazu gehört auch vielbunt e.V. Das Queere Zentrum in der Oettinger Villa (S.51) ist ein Raum, in dem in sicherer Atmosphäre hochwertige Beratung zu queeren Themen stattfindet. Wir setzen uns für spezialisierte Beratungsangebote für junge queere Menschen unter 14 Jahren ein, um sie und ihre

Familien zu unterstützen. Zudem soll ein Aktionsplan für queere Sicherheit konzipiert werden, der auch pädagogisch-aufklärende Maßnahmen in Schulen und Fachseminare für und mit der Polizei beinhaltet.

Jugendliche mit Schwierigkeiten in Elternhäusern brauchen gute und niedrigschwellige Beratung, Begleitung und Unterstützung. Wir bekennen uns zu dem Ansatz, Quartiere und Stadtteile sozialräumlich zu gestalten und die offene Kinder- und Jugendarbeit auszubauen (S. 42). Dies beinhaltet vor allem den Ausbau der Sozialarbeit sowie der Sozialraumplanung und damit einer Aufwertung sozialpädagogischer Arbeit. Wir wollen eine engere Verzahnung zwischen Schulsozialarbeit, den Jugendeinrichtungen, Vereinen, sozialen Institutionen und den Familien an allen Schulformen erreichen.

Eine gute Gesundheits- und Notfallversorgung ist ein Grundrecht (S.23, S.48f). Sie sollte solidarisch, wohnortnah und in öffentlicher Hand sein und den Menschen dienen. Dazu gehört auch die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Menschen in Krisensituationen.

Wir setzen uns weiter dafür ein, dass alle Darmstädter Anlauf- und Beratungsstellen einschließlich des bundesweiten Hilfetelefon stadtweit bekannt, für alle Betroffenen leicht auffindbar und gut miteinander vernetzt sind. Dies gilt ebenfalls für Beratungsangebote für Gewaltschutz im digitalen Raum. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie Beratungsstellen müssen weiterhin in vollem Umfang finanziert werden.

Wir wollen mindestens ein Azubi-Wohnheim errichten lassen, um jungen Menschen in Ausbildung bezahlbaren Wohnraum zu bieten (S. 31). Jugendliche, die aus Gründen wie den oben genannten dringlich ihr Elternhaus verlassen müssen, könnten hier als „Härtefälle“ priorisiert behandelt werden.

1.2: Schaffung queer-sensibler Angebote in der Senior*innenarbeit und Altenpflege

Wir fordern die Entwicklung eines städtischen Handlungskonzepts "Queer im Alter". Dieses soll die Zertifizierung queer-sensibler Pflegeeinrichtungen, regelmäßige Schulungen für Pflegepersonal und die Förderung von sozialen Treffpunkten für queere Senior*innen beinhalten.

Viele queere Menschen der älteren Generation haben ein Leben lang Diskriminierung erfahren. Die Angst davor, sich in Pflegeeinrichtungen oder gegenüber Pflegediensten outen zu müssen, führt oft zur Vereinsamung und dazu, die eigene Identität wieder zu verbergen. Ein selbstbestimmtes Leben im Alter muss für alle Menschen möglich sein. Wir sehen hier die Einrichtungen und Konzepte in Nachbarstädten wie Frankfurt am Main und Mannheim als Vorbilder.

Auch queere ältere Menschen müssen Diskriminierung und Gewalt fürchten oder waren dieser bereits ausgesetzt. Ihre Bedarfe sind aufgrund ihres Alters selbstverständlich andere, als die von jüngeren queeren Menschen.

Immer mehr Menschen werden älter und wollen in ihren angestammten Quartieren wohnen bleiben. Auch wenn sie nicht pflegebedürftig sind, benötigen sie – häufig temporär – Unterstützung bei der Bewältigung des alltäglichen Lebens. Deshalb wollen wir perspektivisch in allen Stadtteilen das Konzept der Gemeindepflege vorantreiben. Diese hat die Aufgabe, nachbarschaftliche Hilfen und Unterstützungssysteme zu organisieren. So schließen wir eine Lücke zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung (S. 23). So bleiben ältere Menschen eingebunden in ein größeres soziales System, das sie im Blick behält und sind weniger angewiesen auf eine geschlossene Einrichtung und einzelne Pflegekräfte.

Die SPD befürwortet außerdem ein Wohn- und Quartierszentrum nach dem Vorbild des WoQuaZ in Weiterstadt. Hier werden quartiersbezogene Wohnformen, smarte Assistenzsysteme und niedrigschwellige Unterstützungsangebote intelligent miteinander verknüpft. Das stärkt das soziale Miteinander und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben auch im Alter oder mit Unterstützungsbedarf

(S. 32). Moderne Einrichtungen für ältere Menschen sollten ihre Beschäftigten für die oben genannten Diskriminierungserfahrungen sensibilisieren und Ansprechstellen schaffen.

Für viele ältere Menschen ist das Internet längst zum zentralen Lebensbestandteil geworden. Ob zur Unterhaltung, zur Bildung oder für den Kontakt mit Familie und Bekannten: Alter darf kein Zugangshindernis zu den Möglichkeiten der neuen Medien darstellen. Auch kann eine Verbindung zur Außenwelt eine Ressource sein, wenn es um Diskriminierungserfahrungen geht. Wir werden uns daher für Fortbildungen im Themenkomplex Digitalisierung, sicherer Umgang im Internet und mit Smartphones, Nutzung von Cloud-Diensten und weiteren Themen an der Volkshochschule, den Familienzentren, den Alten- und Servicezentren und der Stadtbibliothek sowie der Verbraucherberatung einsetzen. Die Umsetzung des Landesprogramm der Di@-Lotsen unterstützen wir (42f).

Für die Stadt Darmstadt liegt erstmalig ein Pflegebedarfsplan bis 2025 vor. Bei klassisch ambulanten, teilstationären oder vollstationären Pflegeeinrichtungen fokussiert die SPD neben der Pflegequalität auch die Beschäftigten. Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sind für uns grundlegend für gute Arbeit. Im Gegenzug müssen Pflegepersonen auch pflegebedürftigen und alten Menschen gute - und auch diskriminierungsfreie - Bedingungen bieten. Private Häuser, die öffentlich ausschließlich mit Rendite und Investitionen in einem Wachstumsmarkt werben, halten wir für den falschen Weg. Wir wollen die Pflegebedarfsplanung umsetzen und dabei auf gute Rahmenbedingungen für das Personal und die pflegebedürftigen Menschen achten (S. 49).

Viele Menschen fühlen sich zunehmend einsam. Diskriminierungserfahrungen können Menschen zusätzlich isolieren. Wir wollen Orte der Begegnung und des guten Zusammenseins unterstützen und schaffen (S.50).

1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung für queere Menschen

Wir fordern die Förderung der Ansiedlung einer PrEP-Praxis in Darmstadt im Rahmen der GKV. Außerdem fordern wir den Erhalt der stabilen und niedrigschwelligen Testkapazitäten des Gesundheitsamtes sowie der Aidshilfe Darmstadt e.V.

Die Gesundheitsvorsorge für viele queere Menschen ist erheblich erschwert, da sie für eine adäquate Versorgung auf Praxen in Mannheim, Wiesbaden oder Frankfurt ausweichen müssen. Dort treffen sie zum Teil auch noch auf Wartelisten. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Wir fordern deshalb, dass diese Versorgung für die anerkannte Präventionsstrategie sowie für die HIV-Therapie in Darmstadt möglich gemacht wird. Außerdem fordern wir den Erhalt eines langfristig verlässlichen Zugangs von niedrigschwelligen STI Testmöglichkeiten im Gesundheitsamt und bei der Aidshilfe Darmstadt e.V. Beide Angebote erreichen unterschiedliche Zielgruppen und bieten jeweils andere Zugangswege an, sie ergänzen sich dabei fachlich sinnvoll.

Wie weiter oben bereits formuliert: Eine gute Gesundheits- und Notfallversorgung ist ein Grundrecht (S.23, S.48f). Sie sollte solidarisch, wohnortnah und in öffentlicher Hand sein und den Menschen dienen.

Wir setzen uns für eine medizinische Anlaufstelle für die HIV/AIDS-Behandlung ein. Medikamente wie PrEP sollen in den Darmstädter Apotheken erhältlich sein. Zudem sollen die STI-Tests im Gesundheitsamt Darmstadt anonym und kostenlos durchgeführt werden können (S.49).

2: Bildung und Aufklärung

2.1: Queere Sensibilisierung in der Kinderbetreuung

Wir fordern regelmäßige Bildungsangebote für Mitarbeitende in Kitas und Grundschulen zum Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt und Regenbogenfamilien.

*Pädagog*innen und Erzieher*innen erleben die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Regenbogenfamilien im Alltag, sind aber unserer Erfahrung nach häufig nicht im Umgang damit oder in*

der Kommunikation mit Eltern geschult. Eine adäquate fachliche Sensibilisierung sowie Ausstattung mit hilfreichen Material ist dringend notwendig.

Kinderbetreuung verlässlich und qualitativ hochwertig zu gewährleisten, ist für Darmstädter Familien essentiell (S. 17). Dafür, dass weder Kinder, noch Eltern, die ihre Kinder in die Hände von Einrichtungen geben, Diskriminierung ausgesetzt werden, muss gesorgt sein.

Schon eine gute Versorgung an sich stellt die Einrichtungen und ihre Beschäftigten – unter anderem aufgrund eines Fachkräftemangels – aktuell vor große Herausforderungen (S. 17). Gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen gehen Hand in Hand. Wir setzen uns dafür ein, dass Erziehungs- und Bildungspersonal zunächst einmal gute Rahmenbedingungen vorfindet, um gute Bildung und Betreuung für alle zu ermöglichen (S.18).

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Mitarbeitende der Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft, ebenfalls der städtischen KiTas, für vielfältige Familienformen und für die Probleme der queeren Community sensibilisiert werden. Dafür sollte die Stadt Fortbildungen anbieten (S. 56).

Die SPD wird den Ausbau von Familienzentren an den Kindertagesstätten in Darmstadt vorantreiben. Stadtteilbezogene Familienzentren, die generationenübergreifend Angebote machen, bringen verschiedene Kräfte der Bildungslandschaft zusammen. Wir wollen dort regelmäßig Beratungsangebote zu Fragen von Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förderung anbieten. Damit schaffen wir niedrigschwellige Angebote für alle Familien und Menschen in den Stadtteilen in Darmstadt (S. 39).

In Darmstadt gibt es eine verlässliche Zusammenarbeit zwischen Trägern, Verwaltung und Kommunalpolitik. Die SPD bekennt sich zur Trägervielfalt und zum Prinzip der Subsidiarität. Das heißt, dass die Stadt die Aufgabe der Koordination und Rahmensetzung über die Qualitätsstandards in Kindertagesstätten festlegt und Trägerschaften an freie Träger der Jugendhilfe vergibt. Bei den Qualitätsstandards müssen sowohl die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften als auch die Ausstattung der KiTas in den Blick genommen werden. Um dies kompetent tun zu können, muss die Stadt auch in gewissem Umfang selbst Träger sein. Wir werden die Trägervielfalt aufrechterhalten und durch Kommunikation auf Augenhöhe allen Trägern verlässlicher Partnerin sein (S. 39).

2.2: Aufarbeitung und Sichtbarmachung queerer Stadtgeschichte

Wir fordern, dass die Stadt ein Projekt zur Erforschung und öffentlichen Darstellung der queeren Geschichte Darmstadts initiiert und finanziert. Dies kann in Form einer Ausstellung, einer Publikation oder thematischen Stadtrundgängen geschehen.

Queeres Leben war immer Teil der Stadtgeschichte, wurde aber oft verfolgt oder unsichtbar gemacht. Die Aufarbeitung ist ein Akt der Anerkennung und stärkt die Identität der Community und das Geschichtsbewusstsein der gesamten Stadt. Es existieren bereits zwei Stolpersteine für schwule Opfer der NS-Zeit sowie das Mahnmal “Die Schattenseite des Regenbogens” für die Opfer des § 175 StGB. Für die Errichtung der Stolpersteine und des Mahnmals wurden die nötigen historischen Informationen von der Arbeitsgemeinschaft Homosexuelle und Kirche (HuK) recherchiert. Diese könnte bei ihren Recherchen und Dokumentationen gezielt unterstützt werden.

Eine aktive Erinnerungsarbeit hat in Darmstadt eine lange Tradition. Das bedeutet nicht bloßes ritualisiertes Gedenken, sondern eine offensive Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus, unter anderem für queere Menschen. Queere Menschen haben in Darmstadt jedoch nicht nur während des Nationalsozialismus, sondern auch in der Nachkriegszeit institutionelle Diskriminierung erfahren und erfahren diese teilweise bis heute. Die Lehren aus Zweitem Weltkrieg und Holocaust zeigen, wie wichtig uns eine liberale und weltoffene Demokratie sein muss. Gerade und immer wieder dann, wenn Rechtspopulisten unsere demokratischen Institutionen und liberale Gesellschaft infrage stellen und unverhohlenen Feindbilder und negative Pauschalurteile über Menschen propagieren, muss Demokratieförderung besonders unterstützt werden (S. 20).

Wir wollen, dass Angebote der Erinnerungsarbeit besonders bei jungen Menschen beworben werden, sodass zum Beispiel Schulklassen oder Jugendhäuser bei öffentlichen Gedenkveranstaltungen teilnehmen oder gezielt Angebote für sie zur Verfügung stehen (S. 20).

Wir begrüßen Initiativen wie das queere Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt SchLAU, das in Projekttagen an Schulen für Respekt und Akzeptanz gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen Menschen wirbt. So kann schon frühzeitig Diskriminierungserfahrungen vorgebeugt werden (S. 51).

Eine Unterstützung von Vereinen wie der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft Homosexuelle und Kirche und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Stadt Darmstadt ist wichtig, eine projekt- und veranstaltungsbezogene Zusammenarbeit wünschenswert.

3: Öffentliche Infrastruktur und Sichtbarkeit

3.1: Einrichtung von Unisex-Toiletten, -Duschen und -Umkleiden

Wir fordern, dass auch in bestehenden städtischen Gebäuden wie Schulen, Bürgerhäusern und Sportstätten Alternativen zu binären Toiletten, Duschen und Umkleieräumen eingerichtet werden.

Die binäre Aufteilung von diesen Einrichtungen schließt inter, trans* und nicht-binäre Menschen faktisch aus oder setzt sie erheblichen Belastungen aus, insbesondere wenn ihre Geschlechtsidentität nicht eindeutig "gelesen" wird.*

Beim Neubau oder Ersatzneubau von städtischen Einrichtungen und Sportstätten soll neben Damenbereichen und Herrenbereichen auch auf die Installation von Einzeltoiletten, Einzelumkleiden und Einzelduschen geachtet werden, um allen Menschen die Nutzung sanitärer Anlagen ermöglichen zu können (S. 52). Dies könnte ebenfalls im Rahmen größerer Sanierungen von Bestandgebäuden erfolgen.

3.2: Umfassende Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Wir fordern die Herstellung von umfassender Barrierefreiheit im Queeren Zentrum Darmstadt, mindestens durch einen rollstuhlgerechten Zugang und eine barrierefreie Toilette.

Das Queere Zentrum Darmstadt soll allen queeren Menschen offenstehen. Der aktuelle, nicht barrierefreie Zustand stellt eine klare Diskriminierung von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen dar und ist auch ab dem 01.01.2028 nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar. Nutzungseinschränkungen müssen aufgrund der Wichtigkeit der Angebote so minimal wie möglich gehalten werden.

Barrierefreiheit ist der SPD Darmstadt ein Anliegen: Bei der Gestaltung des öffentlichen Raums in Darmstadt – und damit auch auf dem Weg zum Queeren Zentrum – ist sie noch nicht flächendeckend gegeben. Dies betrifft vor allem bauliche Aspekte von Plätzen, Haltestellen für den ÖPNV und öffentliche Toiletten, aber auch Aufzüge und Ampelanlagen mit fehlenden akustischen und taktilen Signalgebern. Bei Plätzen und Haltestellen fehlen darüber hinaus Blinden-Leitsysteme, Zufahrtsmöglichkeiten für Rollstühle und Strukturen für stark gehbehinderte Menschen (S. 33).

Auch sind einige Sportstätten, Kultureinrichtungen, Schulen und städtische KITAS nicht für alle nutzbar. Neben dem barrierefreien Zugang zu Gebäuden werden wir uns auch für barrierefreie Wege einsetzen. Als ersten Schritt wird die SPD daher ein Programm zur Absenkung von Bordsteinen auflegen. Davon profitieren nicht nur mobilitätseingeschränkte Personen, sondern auch Eltern mit Kinderwägen (S. 33).

Wir werden das Queere Zentrum, insbesondere mit Blick auf den barrierearmen Umbau und mit einer dritten pädagogischen Stelle unterstützen (S. 51).

4: Kommunales Handeln und gesellschaftliche Verantwortung

4.1: Stärkung der Koordinationsstelle LSBT*IQ und diskriminierungsfreie Verwaltung

Wir fordern die aktive Weiterentwicklung der neu geschaffenen städtischen Koordinationsstelle LSBT*IQ für queere Belange und ihrer Bestrebungen.

Es braucht sichtbare Initiativen wie die Mitgliedschaft im "Rainbow Cities Network" oder die Unterstützung von Rainbow Refugees, die durch die Koordinationsstelle initiiert werden können. Wir fordern weiterhin, dass die Koordinationsstelle dafür sorgt, dass TIN (trans, inter und nicht-binäre) Personen ausdrücklich in die städtischen Schutzkonzepte aufgenommen werden. Zuletzt fordern wir, dass die Stadt Darmstadt in allen Publikationen, Formularen und Verwaltungsprozessen konsequent diskriminierungsfreie Sprache verwendet.*

Die Stelle der LSBT*IQ-Koordination im Amt für Demokratie und Zusammenhalt ist wichtig und wird als hauptamtliche Vollzeitstelle erhalten (S. 51).

Wie weiter oben erwähnt, wird die SPD die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und Stadtwirtschaft, insbesondere solchen mit Bürgerkontakt, für die Probleme der queeren Community sensibilisieren. Dafür werden wir Fortbildungen anbieten (S. 56).

Wir wollen die Demokratieförderung in Darmstadt ausbauen. Das Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt wollen wir dazu stärken. Es soll neben eigenen Maßnahmen auch Initiativen fördern und Netzwerke aufbauen, die unsere Demokratie stärken (S. 19).

Zu Demokratieförderung gehört auch eine langfristige Absicherung zivilgesellschaftlicher Projekte von Vereinen, Organisationen und Initiativen. Ziel ist, jene zu unterstützen, die sich für unsere liberale Demokratie einsetzen und sich gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren (S. 20). Darmstadt ist seit 2025 nicht mehr Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Über dieses Programm wurde viele Jahre lang zivilgesellschaftliches Engagement, zum Beispiel Ausstellungen, Veranstaltungsreihen oder Workshops, gefördert. Das Amt für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt soll vor allem die Projektförderung weitgehend übernehmen, damit auch kleinere Initiativen sich weiterhin an der Demokratieförderung beteiligen können.

Viele Menschen erfahren den Sozialstaat als bürokratisch und werden von einer Stelle zur anderen verwiesen. Der oftmals schwierige Überblick, welche Leistungen zustehen oder Vorrang haben, verunsichert viele Menschen. Im schlimmsten Fall führt es dazu, dass notwendige Hilfen nicht in Anspruch genommen werden. Um das zu ändern, setzt die SPD auf eine serviceorientierte Sozialverwaltung. Wir wollen eine Soziale Leitstelle als Eingangsbehörde einrichten. Die Leitstelle unterstützt und beantwortet Fragen von all denjenigen, die in die Verwaltung kommen. Sie bietet Beratung an und hält auch notwendige Anträge bereit. Diese Angebote gibt es auch in einfacher Sprache und in den Hauptsprachen der in Darmstadt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (S.48).

Die Verwaltung soll grundsätzlich Geschlechtergerechte Sprache verwenden. Welche Form sie dabei wählt, steht allen Beschäftigten frei (S.55).

Weiterhin sollen an Tagen von queerpolitischer Bedeutung Pride-Flaggen gehisst werden und an entsprechenden Tagen Veranstaltungen durchgeführt oder unterstützt werden, um Solidarität mit queeren Menschen auszudrücken.

4.2: Aktive Teilnahme am Netzwerk gegen Gewalt

Wir fordern, dass die Stadt Darmstadt aktiv am "Netzwerk gegen Gewalt" des Landes Hessen teilnimmt und sich mit eigenen Initiativen zur Prävention von queerfeindlicher Gewalt einbringt.

Kommunen können einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Darmstadt muss Teil dieses Netzwerks werden, um queere Menschen in der Stadt besser zu schützen. Dies sollte mit einer Teilnahme am Programm "Gewalt-Sehen-Helfen" des "Netzwerk gegen Gewalt" geschehen.

Die SPD Darmstadt befürwortet eine Teilnahme der Stadt Darmstadt am „Netzwerk gegen Gewalt“ des Landes Hessen und will eigene Initiativen prüfen.

5: Förderung und Absicherung queerer Strukturen

5.1: Dritte Teilzeitstelle für das Queere Jugendzentrum

Wir fordern die Schaffung einer dritten Teilzeitstelle bei vielbunt e.V. im Queeren Jugendzentrum, um die stetig wachsenden Aufgaben zu bewältigen und die Vielfalt der queeren Jugendlichen abbilden zu können.

Die besonderen Anforderungen der Zielgruppe des Queeren Jugendzentrums benötigen ein breiter und vielfältiger aufgestelltes pädagogisches Team, als es in anderen Jugendzentren womöglich ausreichend ist. Die übliche Besetzung mit einer "männlichen" und einer "weiblichen" Kraft wird trotz großem Einfühlungsvermögen der Mitarbeitenden einem bedeutenden Teil der Jugendlichen nicht gerecht. Ab dem 01.01.2028 ist der Personalschlüssel mit weniger als drei Teilzeitstellen zur inklusiven Betreuung nicht mit dem Neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vereinbar.

Wir werden das Queere Zentrum mit einer dritten pädagogischen Stelle unterstützen (S. 51).

5.2: Jährliche Förderung des CSD Darmstadt

Wir fordern eine jährliche Förderung des CSD Darmstadt in angemessener Höhe sowie den Wegfall erhobener Gebühren für die Veranstaltung.

Der CSD Darmstadt ist ehrenamtlich organisiert, muss aber aktuell hohe Gebühren an die Stadt zahlen. In anderen Städten wie Wiesbaden erhält der CSD hingegen sogar eine Förderung. Das steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Veranstaltung für Sichtbarkeit und Akzeptanz.

In unserem Wahlprogramm (S. 51) haben wir festgehalten, dass wir den CSD mitfinanzieren möchten. Die SPD wird weiterhin konsequent an der Veranstaltung teilnehmen.